

# Avanti <sup>2</sup>

Theoriebeilage

Einheitsfront  
gegen  
Faschismus?

ISO Rhein-Neckar

## Klimakiller, Kriegs- & Preistreiber stoppen



# FRANZÖSISCH REDEN!

## INHALT

## TITEL

- 01 GEGENWEHR**  
Französisch reden?

## EDITORIAL / INHALT / FRANKREICH

- 02 FRANKREICH**  
Generalstreik!

## SEITE DREI

- 03 GEGENWEHR**  
Französisch reden?

## TEUERUNG

- 04 KUNDGEBUNG**  
Solidarität statt Preistreiberei

- 05 PREISTREIBEREI**  
Wie stoppen?

## BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

- 06 TARIFRUNDE POST AG**  
Worum es geht

- 07 FRANKREICH**  
Gegen „Rentenreform“?

## EDITORIAL

*Liebe Leserinnen und Leser,*

in Zeiten wie diesen, ist Aufklärung, Protest und Widerstand dringend angesagt. Das hemmungslose Agieren der Klimakiller, der Kriegs- und der Preistreiber kann und muss gestoppt werden.

Ermutigende Nachrichten erreichen uns derzeit insbesondere aus Frankreich, wo Millionen gegen die Zumutungen der Herrschenden streiken und demonstrieren.

„Französisch reden“ ist angesagt. Wann, wenn nicht jetzt? Wo, wenn nicht hier? Wer, wenn nicht wir?

Aus Anlass des 90. Jahrestags der Machtübergabe an den Faschismus veröffentlichen wir in der Theoriebeilage einen Text zum Kampf der Linken Opposition gegen die Katastrophe von 1933.

Wir freuen uns, wenn wir mit der Februar-Ausgabe von *Avanti*<sup>2</sup> zum Nachdenken und zum solidarischen Handeln anregen können.

*Eure Redaktion*

*Titelbild: Streikdemo in Paris,  
19. Januar 2023. (Foto: NPA.)*

## INHALT

- 08 UKRAINE**  
Gewerkschaftliche Solidarität

## KLIMAZERSTÖRUNG

- 09 LÜTZERATH**  
Keine verlorene Schlacht?

- 10 S 21**  
Wahnsinn mit Methode

## ISO / POLITISCHE BILDUNG

- 11 FASCHISMUS**  
Was geschah vor 90 Jahren?

## RÜCKBLLENDE / TERMINE

- 12 WALDPARK**  
Kahlschlag verhindern

- 12 TERMINE**

## THEORIEBEILAGE

- 01 1933**  
Keine historische Niederlage?

## Rentenproteste in Frankreich

### Historische Mobilisierung in Sieg über Macron umwandeln

M. G.

**Die Streik- und Demonstrationen sind historisch: 1,2 Millionen Demonstrierende nach Angaben der Polizei, über zwei Millionen nach Angaben der Gewerkschaften.**

In der Privatwirtschaft war die Beteiligung außergewöhnlich hoch, mit Streikenden aus der Lebensmittel-, Metall-, Automobil- und Elektronikindustrie ...

Der Auslöser dieser Bewegung ist die „Rentenreform“, die die Beschäftigten dazu zwingen würde, zwei Jahre länger zu arbeiten, mit einer längeren Beitragszeit und geringeren Renten. All dies dient auch dazu, Billionen Euro an die großen Finanzunternehmen durch die Einführung von Pensionsfonds und von privaten Zusatzrenten zu verschieben.

#### Bewegung verstärken, um zu gewinnen

Die Gewerkschaften haben sich auf einen neuen Streikaufruf für Dienstag, den 31. Januar geeinigt. Das ist viel zu spät. Man hätte sich stattdessen auf den ersten Erfolg am 19. Januar stützen und einen früheren Termin ankündigen müssen. So hätte es schnell eine noch massivere Mobilisierung geben können.

Es geht jetzt darum, durch Vollversammlungen an den Arbeits- und Ausbildungsplätzen die Mobilisierung zu verstärken und zu verbreitern. Die Verlängerung der Streiks sollte ab Dienstag, den 31. Januar, für den 1. Februar vorbereitet werden.

Unsere Schwesterorganisation NPA wirbt dafür, die Protestbewegung mit einem Generalstreik zu bündeln. Dadurch könne noch mehr Vertrauen in die eigene Kraft geschaffen werden. Es könne zudem der Aufbau einer politischen Alternative angegangen werden, die mit Macron bricht und das herrschende System durch die Gegenmacht der arbeitenden Klassen überwindet. ■



*Jugenddemo in Paris gegen „Rentenreform“, 21. Januar 2023.*

# Mit Klimakillern, Kriegs- und Preistreibern Französisch reden?

U. D.

**Am 24. Februar 2002 begann die russische Armee ihren blutigen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Auch wenn die US-geführte NATO mit ihrer Osterweiterung eine Eskalation mit Russland bewusst in Kauf genommen hat, tragen Putin und seine Clique die alleinige Verantwortung für den Überfall auf die Ukraine.**

**P**utins Ziel, Russlands weltpolitische Rolle zu stärken, ist gescheitert. Sein Glaube, die Ukraine in wenigen Tagen besiegen zu können, war ein Irrtum. Das hält ihn jedoch nicht davon ab, den Krieg mit allen Mitteln fortzuführen. Er weiß, dass ein verlorener Krieg seinen eigenen Machtverlust bedeuten kann.

Auf der anderen Seite setzen die NATO und die ukrainische Führung nicht auf einen Verhandlungsfrieden, sondern auf eine militärische Niederlage Russlands. Nicht zuletzt deswegen liefern die NATO-Staaten schwere Waffen an die Ukraine. Doch dieser Kurs birgt die Gefahr einer Verlängerung und Zuspitzung des Krieges mit weiteren Verheerungen und Opfern.

Die NATO behauptet von sich, die „gute“ Seite zu vertreten und „die Demokratie“ zu verteidigen. Aber in Widerspruch dazu gibt es in den NATO-Mitgliedern autoritäre Regierungen, die Demokratie und Meinungsfreiheit bekämpfen.

So führt die Türkei selbst einen blutigen Krieg gegen die kurdische Bevölkerung, wird Italien von einer „Postfaschistin“ und Ungarn autoritär regiert. Nicht zuletzt stützte sich in den USA Donald Trump als Präsident auf autoritäre und faschistische Kräfte. Ihnen allen geht es nicht um die Rettung „der Demokratie“, sondern um politische, militärische und ökonomische Macht.

## Krisen und Kriege nutzen nur den Reichen

Die unmittelbaren Verlierer des Krieges sind tausende ukrainische Zivilistinnen und Zivilisten, die Opfer von militärischen Angriffen, von Vergewaltigungen, Folter und Mord wurden und werden. Weitere Opfer sind Millionen Geflüchtete und vor allem 100.000 ukrainische sowie 180.000 russische Soldaten, die sinnlos verletzt oder getötet wurden. Und nicht zu vergessen: Krieg ist ein brutaler Klimakiller und Naturzerstörer.

Die indirekten Verlierer sind weltweit die arbeitenden und besitzlosen Klassen. Durch Spekulation und Preistreiberei steigt die Zahl der Armen und Hungernden dramatisch an. Selbst in den reichen Ländern können immer mehr Menschen ihr Leben nicht mehr finanzieren.

Die Gewinner sind die Reichen. Sie nutzen Krisen und Kriege, um noch mächtiger zu werden. Sie „strukturieren“ Konzerne um, vernichten Arbeitsplätze und greifen Gewerkschaften und Betriebsräte an. Unterstützt werden sie von den Regierungen, die „freien“ Handel und Kapitalverkehr, Klima- und Naturzerstörung, Aushöhlung von Grundrechten sowie Verschlechterungen der Arbeitsgesetze und Sozialsysteme durchsetzen.

Der im Januar 2023 von der Organisation Oxfam veröffentlichte Bericht „Umsteuern für soziale Gerechtigkeit“ belegt dies eindrücklich. Weltweit sei das Gesamtvermögen der Milliardärs-Kaste täglich um 2,78 Mrd. US-Dollar gestiegen. Ein Grund dafür sei auch der rasante „Anstieg der Gewinne im Lebensmittel-

und Energiebereich“. So hätten 95 Lebensmittel- und Energiekonzerne ihre Gewinne im Jahr 2022 mehr als verdoppeln können. Von deren 306 Mrd. US-Dollar an „Übergewinnen“ seien 257 Mrd. US-Dollar als Dividenden ausgeschüttet worden.

## Die richtige Antwort: Französisch reden!

Kapitalismus, Krisen und Kriege gehören untrennbar zusammen. Die Zeche für dieses kranke System sollen verstärkt die arbeitenden Klassen zahlen. Ob mit einem schlechteren Leben oder mit dem Tod.

Es ist höchste Zeit, dass die internationalen Gewerkschaftsverbände und deren Mitgliedsorganisationen gemeinsam und koordiniert aktiv werden. Notwendig sind jetzt weltweite Kundgebungen, Demonstrationen und Streiks gegen Aufrüstung, Krieg, Klima-Zerstörung, Teuerung und sozialpolitische Angriffe. Die Anti-Globalisierungsbewegung und die Klimagerechtigkeitsbewegung haben gezeigt, was möglich ist.

Die deutschen Gewerkschaftsführungen sind dazu momentan nicht bereit. Sie hoffen, durch „Sozialpartnerschaft“ und Anpassung an die Konzerninteressen die Krisen gemeinsam mit dem Kapital zu bewältigen. Sie ignorieren dabei, dass dies am Ende nur den Kapitalisten nutzt sowie autoritäre und faschistische Strömungen stärkt.

Die richtige Antwort auf die Angriffe von Kapital und Regierung gibt derzeit die arbeitende Klasse in Frankreich. Mit Streiks und Demonstrationen leistet sie massenhaft Widerstand gegen die unsozialen Pläne der französischen Regierung. Nicht mit Kuscheln und Anpassung, sondern nur mit konsequentem sozialen und politischen Widerstand können die Interessen der großen Mehrheit gegen die kleine Minderheit der Klimakiller, Kriegs- und Preistreiber verteidigt werden. ■



„Verteidigen wir unseren Ruhestand“, Pariser Demo am 26. Januar 2023.

# „Solidarität statt Preistreiberei!“ Beruhigung an der Preisfront?

E. B.

**Auch im neuen Jahr rief das Aktionsbündnis „Solidarität statt Preistreiberei!“ zu einer Kundgebung auf. Sie fand am Dienstagabend, den 10. Januar 2023, auf dem Neumarkt in der Mannheimer Neckarstadt-West statt.**

Im Mittelpunkt der Protestaktion stand dieses Mal die angebliche Beruhigung an der „Preisfront“. Redebeiträge der iL Rhein-Neckar (siehe S. 5 dieser *Avanti*<sup>2</sup>) und der ISK forderten solidarische, antikapitalistische Alternativen gegen die sozialen Verheerungen der herrschenden Verhältnisse ein. Die vor Ort verteilten Flugblätter des Bündnisses wurden mit Interesse von den Passantinnen und Passanten angenommen.

Vor allem seit Jahresanfang gibt es zahllose Meldungen mit Überschriften wie „Inflation im Euroraum sinkt deutlich“ (FAZ vom 07.01.2023). Auch in Deutschland würde sich diese Entwicklung bemerkbar machen.

Hauptgrund dafür seien die „nicht mehr ganz so stark steigenden Energiekosten. In den übrigen Bereichen stiegen die Preise dagegen nahezu unvermindert an, vor allem Lebensmittel mit einem Plus von 13,6 Prozent verteuern den Alltag ... Die sogenannte Kernteuerungsrate ohne Energie und Lebensmittel stieg sogar leicht auf 5,2 Prozent an.“ (FAZ vom 07.01.2023.)

Also kann doch von Entspannung vor allem für die Bezieherinnen und Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen keine Rede sein. Zumal die Teuerung ja in den meisten Bereichen die Rekordpreise von 2022 weiter erhöht und so enorme Zusatzgewinne vor allem großer Konzerne nicht nur im Energiebereich ermöglicht.

In krassem Gegensatz dazu stehen die bescheidenen bis skandalös geringen nominalen Erhöhungen von Löhnen, Gehältern, Renten und „Bürgergeld“. Sie können in der Regel nicht nur nicht mit der Preistreiberei Schritt halten, sondern verschärfen insbesondere bei prekär Beschäftigten, Erwerbslosen sowie

Rentnerinnen und Rentnern die wachsende Armut.

## EU-Gehälter an Inflation gekoppelt

Das *Handelsblatt* berichtete bereits am 15.07.2022: „Die Gehälter von EU-Angestellten sind an die Inflation gekoppelt. Daher dürften sie in diesem Jahr kräftig steigen.“ Bis zu 8,5 Prozent mehr seien für das Personal der europäischen Institutionen drin, „da sie sich an der Inflationsentwicklung in Belgien und Luxemburg orientieren ... Das Lohnplus kommt nicht nur den Kommissionsbeamten zugute, sondern auch dem Personal anderer ‚EU-Organe‘, etwa den Abgeordneten und Angestellten des Parlaments und den Beschäftigten des Rats, in dem die Mitgliedsstaaten organisiert sind.“

Warum ist das kein Thema in Deutschland? Warum wird hierzulande praktisch nicht über die in Belgien und Luxemburg geltende gesetzlich festgelegte Anpassung der Einkommen an die Inflation berichtet? Das wären doch auch für die Bundesrepublik intelligente Regelungen zur Bekämpfung der Preistreiberei.

Das Aktionsbündnis fordert deshalb ganz im Sinne des Grundgesetzes, dass Politik und Wirtschaft den Interessen der großen Mehrheit der Bevölkerung und nicht denen einer kleinen Minderheit dienen dürfen.

Statt weiter Gewinne durch diese kleine Minderheit zu privatisieren und Verluste der großen Mehrheit der Bevölkerung aufzudrücken, sei ein grundlegend anderer Ansatz erforderlich. Die Wirtschaft müsse für die Menschen und die Umwelt da sein und nicht umgekehrt.

Deshalb solidarisiert sich der Zusammenschluss verschiedener gewerkschaftlicher und politischer Organisationen und Gruppen zum einen mit den Tarifkämpfen der Gewerkschaften für höhere Realeinkommen wie aktuell bei der Deutschen Post AG. Zum anderen steht er auf der Seite der Klimaschutzbewegung bei ihren Protesten gegen die anhaltende Naturzerstörung wie beispielsweise in Lützerath und Frankfurt/Fechenheim.

Auf der Kundgebung wurde deutlich ausgesprochen, dass es höchste Zeit ist, nicht wie die Bundesregierung weiter an Symptomen herumzudoktern, sondern das Übel an der Wurzel zu packen.

Die nächste Kundgebung gegen Preistreiberei findet am Dienstag, den 7. Februar 2023, um 18:00 Uhr auf dem Paradeplatz statt. Das nächste Treffen des Bündnisses findet am Donnerstag, den 23.02.23, um 18:00 Uhr im Mannheimer Gewerkschaftshaus statt.

Auf einem der am Neumarkt zu sehenden Plakate war zu lesen: „Solidarität schützt die Menschenwürde!“ Dem ist nichts hinzuzufügen. ■



Kundgebung in der Neckarstadt-West, 10. Januar 2023.

Foto: Avanti<sup>2</sup>.

Infos zum Aktionsbündnis „Solidarität statt Preistreiberei!“ gibt es hier: [www.instagram.com/solistattpreistreiberei/](https://www.instagram.com/solistattpreistreiberei/)

# Aktionen gegen Preistreiberei in Mannheim

## „Wir müssen uns gemeinsam gegen den Kapitalismus wehren.“

E. B.

**Die Hauptrede bei der Aktion am 10. Januar 2023 hielt eine Genossin der interventionistischen Linken Rhein-Neckar. Wir veröffentlichen im Folgenden einen redaktionell bearbeiteten Auszug ihres interessanten Beitrags.**

**D**as Problem der Inflation hat nicht erst im Herbst begonnen, und wird auch nicht in den nächsten Monaten vorbei sein. Schon seit 2021 sind die Teuerungsraten zu hoch gewesen, und sind seitdem auf immer höhere Rekordwerte geklettert. Inzwischen liegen diese regelmäßig bei 10 % – und das ist nur der Durchschnittswert, mit dem das tatsächliche Ausmaß der Preistreiberei verschleiert wird. Die großen Kostenpunkte im Haushalt sind viel stärker betroffen. Lebensmittel wurden etwa 20 % teurer, und die Heizkosten stiegen um 40 % – und das pro Monat!

Die sogenannten Wirtschaftsweisen sagen jetzt voraus, dass die Inflationsrate etwas absinken soll. Ob das wirklich stimmt, weiß niemand. [...]

Die Politik hat schon gezeigt, dass sie nicht bereit ist, effektive Maßnahmen gegen die Inflation zu ergreifen. Immer wieder wurden Versprechungen gemacht, aber was ist wirklich bei uns angekommen? Nicht viel mehr als lächerliche Einmalzahlungen, die gegenüber der ständigen Preistreiberei nur ein Tropfen auf dem heißen Stein sind. Und selbst die Gas- und Strompreisbremsen, für die sich die Regierenden ja so ausgiebig selbst gefeiert haben, lassen deutlich zu wünschen übrig. Diejenigen, die sowieso schon viel haben, profitieren von solchen Maßnahmen mit der Gießkanne nämlich am meisten. Und sowieso kann es ja wohl kaum reichen, die Verarmung weiter Teile der arbeitenden Bevölkerung nur abzubremsen – sie muss gestoppt werden!

### Preistreiberei für Profitsteigerung

Die Lösung für das Problem kann auch gar nicht im bestehenden System, dem Kapitalismus, liegen. Denjenigen, denen die Betriebe gehören, kommt die Inflation gar nicht ungelegen: Sie bietet nur eine weitere Möglichkeit, die Preise über die Steigerung der Produktionskosten hinaus zu erhöhen und

so noch mehr Profit herauszuholen. Beispielsweise der Sprit: Ein Großteil der Preisteigerungen dort war hausgemacht, und zwar durch den Wettbewerb der Benzinunternehmen untereinander! Diese müssen sich ja untereinander anpassen, und wenn einer mit den Preisen hochgeht, dann auch die anderen ... Und das sollen wir ausbaden? Wie soll ein System, in dem es nur um immer größere Gewinne geht, dafür sorgen, dass alle genug haben? Wie soll ein System, das auf Ausbeutung von Mensch und Natur setzt, plötzlich fürsorglich sein?

Wir müssen uns gemeinsam gegen den Kapitalismus wehren. Wir müssen gemeinsam das System verstehen, in dem wir leben. Und wir müssen gemeinsam lernen, wie wir gerecht zusammenleben können. Und wir können jetzt schon damit anfangen!

Das ist natürlich eine große Aufgabe. Aber wir können sie angehen! Warum zum Beispiel soll aus den Grundbedürfnissen der Menschen Gewinn geschlagen werden? Warum sollen Konzerne am Verkauf von Strom, Wohnraum oder Gesundheitsversorgung profitieren? Gerade in Zeiten der Krise ist das nicht nur unmenschlich, sondern schlicht und einfach nicht logisch! Viel mehr Sinn würde es doch ergeben, wenn die Arbeitenden demokratisch entscheiden, was und wie sie produzieren wollen, und die Gesellschaft als Ganzes plant, welche Bedürfnisse wie gedeckt werden sollen. Ein Schritt in diese Richtung ist der der Vergesellschaftung: Überführen wir den Wohnraum, die Energiekonzerne, die privatisierten Krankenhäuser und so weiter in die Hände aller! In Berlin wurde in diesem Sinne 2021 erfolgreich ein Volksentscheid durchgeführt, dem zu Folge alle großen Wohnungskonzerne vergesellschaftet werden sollen, um dem Mietwahnsinn zu stoppen. Aktuell sträubt sich die Berliner Regierung gegen die Umsetzung des Entscheids, – wir wünschen den Aktiven dort

viel Erfolg beim Kampf für die Durchsetzung ihrer demokratischen Entscheidung!

Wir wollen selbst handlungsfähig sein, und können uns dabei, wie wir auch in Berlin sehen nicht einfach auf Regierungen verlassen, die am Ende des Tages doch nur die Interessen der Wirtschaft umsetzen. Wir wollen nicht abhängig sein von Strukturen, die unseren Tages- und Lebenslauf bestimmen. Wir wollen nicht vor dem Vermieter buckeln, uns von Behörden und Polizei unterdrücken lassen oder unter miserablen Bedingungen für viel zu wenig Lohn am Arbeitsplatz schufteln.

Wir können das alles doch selbst viel besser! Wir können unser Leben und unser Umfeld selbst verwalten. Wenn wir Betriebe vergesellschaften und sie so der Kontrolle der Wirtschaft entziehen, können wir selbst bestimmen was passiert. Wir brauchen viel mehr Initiativen für gemeinsame Kämpfe, gegenseitige Hilfe und praktische Vergesellschaftung. Dann sind wir in unseren täglichen Bedürfnissen nicht mehr nur auf bloße Einmal-Almosen von Politik und Wirtschaft angewiesen, sondern dann dreht sich alles darum, dass es allen gut geht. Dass alle einen Platz in dieser Welt haben und es genug für alle gibt!



Kundgebung in der Neckarstadt-West, 10. Januar 2023.

# Deutsche Post AG: Rekordprofite statt Realloohnerhöhung?

H. N.

## Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) fordert für die rund 160.000 Tarifbeschäftigten bei der Deutschen Post AG eine Tarifsteigerung um 15 Prozent.

Die Laufzeit des Tarifvertrags soll zwölf Monate betragen. Zudem sollen die Ausbildungsvergütungen sowie die Entgelte der dual Studierenden in jedem Ausbildungsjahr monatlich um 200 Euro erhöht werden.

Die Spitze der Deutschen Post AG lehnt die bei Lichte betrachtet eher bescheidenen Gewerkschaftsforderungen als unbezahlbar ab.

Das ist eine freche Provokation. Durch die Arbeit der Kolleginnen und Kollegen der Deutschen Post AG konnte der Konzern 2022 einen sagenhaften Gewinn von 8,4 Milliarden Euro erzielen. Das ist das bisher beste Ergebnis für die Deutsche Post AG. Auch der Unternehmensbereich Post & Paket Deutschland steht finanziell blendend da.

In der letzten Tarifrunde hat es gerade mal mickrige 2 % Lohn-erhöhung gegeben. 88 Prozent der Kolleginnen und Kollegen sind in den Entgeltgruppen 1 - 3 eingruppiert, das bedeutet im Schnitt etwa 1.700 € netto im Monat. Weihnachtsgeld gibt es erst ab dem 2. Jahr in Festeinstellung. Es ist keine Frage, dass der bisherige Reallohnverlust der Beschäftigten durch die Rekordinflation des letzten Jahres noch massiv gesteigert worden ist.

### Erfolge erstreiken

Die Gewerkschaft reagiert auf die Blockade des Managements mit einer Welle von Warnstreiks.

Den Angaben von ver.di zufolge haben sich vom 26. bis zum 28. Januar 2023 bundesweit rund 42.000 Beschäftigte in ausgewählten Paket- und Briefzentren sowie in der Paket-, Brief- und Verbundzustellung an ganztägigen Arbeitsniederlegungen beteiligt. Bereits in der Woche davor hätten bundesweit insgesamt rund 30.000 Kolleginnen und Kollegen an ganztägigen Warnstreiks teilgenommen.

Auch in Mannheim organisierte ver.di jeweils eine Arbeits-

niederlegung am 26. Januar im Briefzentrum und am 27. Januar 2023 bei der Zustellung.

Der zuständige Gewerkschaftssekretär Imre Uysal sagte danach: „Wir werten den gestrigen und heutigen Streiktag als vollen Erfolg. Beide Tage zusammengenommen sind rund 600 Beschäftigte unserem Streikaufruf gefolgt“. Durch die kurzfristig organisierte Streikdemo von 350 Kolleginnen und Kollegen habe ver.di zudem die Mannheimer Bevölkerung auf die Forderung nach 15 % mehr Lohn aufmerksam machen können.

Die Gewerkschaft fordert nun ein „verhandlungsfähiges Angebot“ beim nächsten Verhandlungstermin am 8. und 9. Februar 2023. Es ist zu erwarten, dass es dann zu weiteren Aktionen kommen wird.

Zweifelsohne verdienen die Warnstreiks uneingeschränkte gewerkschaftliche und gesellschaftliche Solidarität. Aber sie sollten auch Anlass sein, einige kritische Fragen zu stellen und möglichst breit zu diskutieren.

### Zusammenhänge erkennen

Der Tarifkonflikt bei der Post ist in einen größeren Zusammenhang zu stellen. Er hat insbesondere Auswirkungen auf die Tarifrunde im Öffentlichen Dienst. Die Überwindung des tarifpolitischen Klein-Kleins nicht nur, aber insbesondere bei ver.di ist eine zentrale Herausforderung für eine erfolgreiche Strategie.

Sich dieser Frage zu stellen, heißt auch, das notorische Vermeiden von „Erzwingungsstreiks“ durch die DGB-Gewerkschaften zu problematisieren. Letzteres ist zum einen ein Resultat des noch durch den ersten Präsidenten des Bundesarbeitsgerichts und früheren Nazi-Juristen Nipperdey in Deutschland sehr stark eingeschränkten Streikrechts. Zum anderen ist es eine Folge der politischen und organisatorischen Schwächung der DGB-Gewerkschaften aufgrund ihrer Anpassung an den Kapitalismus.

Es gilt zudem, die Diskussion über Forderungsinhalte zu beleben. Prozentforderungen führen im Unterschied zu Festgeldforderungen zu einem immer weiteren Auseinanderdriften der Entgeltgruppen und damit zu einer Schwächung der Solidarität.

Angesichts der anhaltenden Preistreiberei kann ein Blick über den deutschen Tellerrand nicht schaden. Piloten zum Beispiel machen das. Sie fliegen ja bekanntlich auch in ganz weit entfernte Länder – wie Belgien oder Luxemburg. Wahrscheinlich sind sie deshalb im letzten Jahr auf die kluge Idee gekommen, den dort geltenden automatischen Inflationsausgleich auch von der Lufthansa zu fordern. Warum sollten andere Gewerkschaften solche Anregungen weiter ignorieren?

Aktuell ist jedoch die Unterstützung für die Warnstreiks bei der Deutschen Post AG angesagt. Solidarität ist notwendig und machbar!



Poststreik-Demo in Mannheim, 27. Januar 2023. Foto: helmut-roos@web.de.

# Massenwiderstand gegen „Rentenreform“ in Frankreich

BERNARD SCHMID

**Sozial rückwärts gerichtete „Reformen“ des Rentensystems stehen in Frankreich seit dreißig Jahren im Zentrum oft heftiger innenpolitischer Auseinandersetzungen. So auch in diesen Wochen.**

**A**uf einen ersten, massiv befolgten gewerkschaftlichen „Aktionstag“ mit Streiks und Demonstrationen am 19. Januar 2023, bei dem rund anderthalb Millionen Menschen an Protestzügen teilnahmen, folgte ein zweiter mit hohen Teilnehmerscharen am 31. Januar. Ab der zweiten Februarwoche werden Arbeitskämpfe in Raffinerien und Transportbetrieben stattfinden, die zunächst auf 48 Stunden angesetzt wurden, jedoch unbefristet weitergeführt werden könnten. Damit wird die Einleitung einer innenpolitischen Kraftprobe mit der Regierung unter Staatspräsident Emmanuel Macron und Premierministerin Élisabeth Borne, aber auch hinter ihr stehenden Kapitalinteressen erwartet.

Es geht um die jüngste „Rentenreform“, die eine vor Jahren eingeleitete Serie fortsetzt. Den Anfang dazu machte 1993 die so genannte „Balladur-Reform“ – benannt nach dem damals frisch gewählten konservativen Premierminister Edouard Balladur –, die mitten in der hochsommerlichen Urlaubsphase in einem Aufmerksamkeitsloch vorbereitet wurde. Weitgehend an der Öffentlichkeit vorbei und zunächst unbemerkt, wurde sie im August jenes Jahres verabschiedet und erhöhte die Zahl der abgeforderten Beitragsjahre von Beschäftigten der Privatwirtschaft zur gesetzlichen Rentenkasse von zuvor 37,5 auf 40 Jahre. Die nächstfolgende „Reform“, eingebaut in das als Plan Juppé bezeichnete Maßnahmenpaket des kurz zuvor ernannten Amtsnachfolgers Balladurs, Alain Juppé, wurde dann jedoch im November und Dezember 1995 durch mehrwöchige Massenstreiks in den öffentlichen Diensten verhindert.

Inhalt dieses mehrere Themenbereiche abdeckenden „Plans“ waren unter anderem die Erhöhung der Zahl der Beitragsjahre zur Rentenkasse auf 40 Jahre nun auch für öffentlich Bedienstete, die Abschaffung günstigerer Rentenaltersregeln für eine Reihe von Berufsgruppen – Eisenbahnerinnen, Bus- und Métrofahrer, Beschäftigte der Pariser Oper oder der französischen Zentralbank und weitere – sowie eine Dämpfung der staatlichen Gesundheitsausgaben und stärkere Eigenbeteiligung von Patientinnen an Krankenkosten. Wurden die letztgenannten Aspekte abgeschwächt durchgesetzt, scheiterten die damaligen Angriffe auf die Rentenregelungen jedoch. Jene bei der Eisenbahn sowie in städtischen Verkehrsbetrieben in den Pariser, Marseiller und anderen Ballungsräumen wurden bis heute verhindert. Dort wurden die Rentenregeln, die eine frühere Pensionierung erlauben, erfolgreich verteidigt.

## Macrons Attacke

Staatspräsident Macron strebt nun deren Aushebelung an, an welcher alle Vorgängerregierungen scheiterten. Allerdings sollen die Rentenregelungen etwa für Beschäftigte im Nah- und Fernverkehr nicht schlagartig fallen, wie Alain Juppé dies plan-

te, sondern auslaufen: Auf bisherige Arbeitsverhältnisse sollen sie weiterhin Anwendung finden, alle künftig eingestellten Beschäftigten sie jedoch verlieren.

Daneben plant die Regierung unter Macron eine Anhebung des gesetzlichen Mindestalters für den Renteneintritt von derzeit 62 – vor einer früheren „Reform“ unter Rechtspräsident Nicolas Sarkozy im Herbst 2010 waren es noch 60 Jahre – auf zunächst 63 ab dem Jahr 2026, und 64 ab Anfang 2030.

Dies wird mitunter in französischen ebenso wie in deutschen Medien so dargestellt, als sei es dem deutschen Renten-„Regelalter“ von derzeit 65, aber ab 2031 dann 67 Jahren vergleichbar – um den Eindruck zu erwecken, in Frankreich errege man sich über etwas, was in Deutschland längst übertroffen werde. Der Vergleich ist jedoch falsch. Ein Renteneintritt mit 62, künftig aber mit mindestens 64 bedeutet keinesfalls ein Anrecht auf eine Pension ohne Abschläge. Vielmehr werden pro fehlendes Beitragsjahr gegenüber der geforderten Gesamtzahl (derzeit 42, ab 2027 jedoch 43, in Deutschland 45) Abschläge in Höhe von fünf Prozent abgezogen. Eine Rente ohne Abschläge gibt es erst ab dem Alter von 67. In Deutschland betragen die Abschläge 3,6 % pro Beitragsjahr, die Rente ohne Abschläge wird mit 65, ab 2031 dann mit 67 erreicht; eine Rente mit Abschlägen ist ab 63 (mit mindestens 35 Beitragsjahren) möglich, was dem französischen Mindestalter von heute 62, künftig 64 entspricht.

Ungefähr sind die Regeln auf beiden Seiten des Rheins also vergleichbar – sofern sich in Frankreich die Verschlechterung gegenüber dem jetzigen Zustand durchsetzen kann. Dem stehen jedoch starke soziale Widerstände entgegen. Diese ziehen breite Kreise in der Gesellschaft, in Umfragen unterstützen rund 60 Prozent Arbeitskämpfe und soziale Proteste, rund 70 Prozent lehnen die „Reform“-Pläne ab. ■



Foto: Photothèque Rouge / Martin Noda / Hans Lucas.

„In Rente & Frau - doppelt verarscht“, Paris am 19. Januar 2023.

# Gewerkschaftliche Solidarität Humanitäre Hilfe für ukrainische Gewerkschaften verstärken

Seit Ende 2022 wird der Aufruf „Gewerkschaftliche Solidarität - Humanitäre Hilfe für ukrainische Gewerkschaften“ verbreitet. Darin heißt es: „Wir stehen im engen Kontakt zu der Gewerkschaft der Eisenbahner:innen und der Gewerkschaft des Krankenhauspersonals ... Beide Gewerkschaften kämpfen nicht nur gegen die Folgen des Krieges, sondern auch gegen den Abbau von Arbeitsrechten durch die eigene Regierung ...“

Wir dokumentieren im Folgenden den gesamten Text und schließen uns der dort enthaltenen Bitte um Unterstützung vor allem durch Weiterverbreitung, Unterschriften und Geldspenden an.

Der russische Angriffskrieg hat zu enormem Leid in der ukrainischen Gesellschaft geführt. Familien mit ausreichenden Finanzmitteln flüchten nach Polen oder in westeuropäische Länder. Die arbeitende Bevölkerung mit geringen Ressourcen ist jedoch darauf angewiesen, entweder vor Ort auszuweichen oder in eine westlich gelegene ukrainische Stadt zu flüchten. Die Gewerkschaften spielen eine zentrale Rolle bei der Aufrechterhaltung notwendiger Dienstleistungen wie in Krankenhäusern oder im öffentlichen Verkehr. Gewerkschaftsmitglieder riskieren dabei zum Teil ihr Leben, in dem sie in östlichen Provinzen weiter in Krankenhäusern die Versorgung oder z. B. als Eisenbahner:innen die Verbindungen zur Bevölkerung im Osten aufrechterhalten.

Wir stehen im engen Kontakt zu der Gewerkschaft der Eisenbahner:innen und der Gewerkschaft des Krankenhauspersonals; beide gehören der Konföderation Freier Gewerkschaften der Ukraine KWPU an. Beide Gewerkschaften kämpfen nicht nur gegen die Folgen des Krieges, sondern auch gegen den Abbau von Arbeitsrechten durch die eigene Regierung.

Diese beiden Gewerkschaften benötigen humanitäre Hilfe und unsere Solidarität. Dabei geht es um die Unterstützung der Familien der Mitglieder der Eisenbahnergewerkschaft, die aus russisch besetztem Gebiet fliehen mussten; nun müssen sie in Städten wie Kiew, Chmelnyzkyj oder Werchiwzewe ihre Existenz sichern. Und es geht um die Sicherstellung der Arbeit des Gesundheitspersonals in der Stadt Krywyj Rih, die aufgrund ihrer Lage im Osten der Ukraine mehrfach Ziel russischer Angriffe wurde; sie wollen die Verletzten in der Zivilbevölkerung versorgen, dafür fehlen ih-

nen aber die notwendigen medizinischen Materialien und Medikamente.

Wir rufen zur Unterstützung dieser beiden Gewerkschaften mit Spenden auf. Die Spenden sollen für humanitäre Hilfe an unsere gewerkschaftlichen Kooperationspartner:innen in der Ukraine gehen – einerseits in Form von Geldspenden zur Unterstützung der Familien der Gewerkschaftsmitglieder, andererseits in Form von Lieferungen hier gekaufter Medikamente für die Gesundheitsversorgung in Krywyj Rih.

Wir stehen mit aktiven Gewerkschafter:innen aus Kiew und Krywyj Rih in Verbindung, werden von ihnen Berichte und Verwendungsnachweise erhalten und möchten mittelfristig wechselseitige Besuche organisieren.“

## Erstunterzeichner:innen

Daniel Behruzi, Darmstadt, ver.di; Torsten Bewernitz, Mannheim, ver.di; Violetta Bock, Kassel, ver.di; Rolf Euler, Recklinghausen, IG BCE; Christian Haasen, Hamburg, ver.di; Anton Kobel, Mannheim/Heidelberg, ver.di; Uwe Krug, Berlin, GDL; Stephan Krull, Hamburg, IGM; Labournet; Klaus Murawski, Berlin, IGM; Claudia Nest, Hamburg, ver.di; Kirsten Rautenstrauch, Hamburg, ver.di; Helmut Schmitt, Heppenheim, IGBCE; Christoph Wälz, Berlin, GEW; Wolfgang Zimmermann, Düsseldorf, ver.di. ■

## Spenden an:

Internationale Solidarität e. V. Stichwort „Ukraine Solidarität“, IBAN: DE94 4306 0967 6049 1075 00

## Namentliche Unterstützung:

Bitte mit Vor- und Nachname, Ort, Gewerkschaft an Christian Haasen. Email: [ukraine-solidaritaet@intersoz.org](mailto:ukraine-solidaritaet@intersoz.org).

**Bitte verbreitet diesen Aufruf unter Euren Kolleginnen und Kollegen!**





# Nach Lützerath

## Der Widerstand muss weitergehen!

**Am 14. Januar 2023 hat die große Demonstration von 35.000 Menschen gegen die Räumung des Widerstandsdorfes Lützerath in NRW stattgefunden. RWE will das Dorf für den klimaschädlichen Braunkohleabbau wegbaggern. *Avanti*<sup>2</sup> hat aus diesem Anlass mit Gabi und Martin aus Heidelberg gesprochen, die beide mitdemonstriert haben.\***

### Was waren Eure Beweggründe für die Teilnahme an der Demo in Lützerath?

Wir waren schon öfters in Lützerath und den umliegenden Dörfern, und wir haben an friedlichen Demos und Waldspaziergängen gegen den Braunkohleabbau teilgenommen. Wir waren dabei, wie die ersten Zelte auf einem Grundstück von Eckardt Heukamp aufgebaut wurden und so nach und nach Holzhütten entstanden und dann die Baumhäuser.

Wir haben dort schon Tage in unserem Bus verbracht und waren überrascht über die Offenheit, Freundlichkeit und Hilfsbereitschaft der Menschen, die sich dort angesiedelt haben. Es wurden WC-Häuschen, Duschen und Waschegelegenheiten gebaut, es gab eine große Volksküche, eine geniale Infrastruktur für alle Erfordernisse und alles war sauber. Menschen aus der Umgebung haben die Aktivistinnen und Aktivisten mit vielem Nötigen versorgt, wie z. B. Essen, Trinkwasser oder Baumaterial. Müll wurde getrennt und entsorgt. Und jeder half jedem. Beindruckend war das enorme Engagement der Aktiven für das Ziel, die uns alle bedrohende Klimakatastrophe zu verhindern.

Als wir von der anstehenden Räumung des Widerstandsdorfes durch die Polizei erfahren haben, war für uns klar, dass wir zur Großdemo nach Lützerath fahren. Wir wollten in dieser Situation unsere praktische Solidarität mit den Aktivistinnen und Aktivisten vor Ort zeigen.

### Wie habt Ihr die Stimmung und den Polizeieinsatz vor Ort erlebt?

Das Wetter war schlecht, es hat geregnet und gestürmt, dennoch war die Stimmung vor Ort super. Es waren Menschen jeden Alters dabei. Die Polizei hat sich im Hintergrund gehalten und man hat sie, außer einigen wenigen Einsatzkräften, nur in der Ferne gesehen.

Wir sind ganz vorne am Anfang der Demo beim Lautsprecherwagen gelaufen. Im Nachhinein haben wir gehört, dass ein paar tausend Menschen aus dem Demozug heraus zur Abbruchkante und auch nach Lützerath gelaufen sind, was wir nicht mitbekommen haben. Von einer Teilnehmerin der Demo haben wir aber erfahren, dass ihrem Freund von der Polizei mit dem Schlagstock ins Gesicht geschlagen worden sei. So etwas geht gar nicht. Auch den Begriff „Klimaterroristen“ halten wir für völlig unzutreffend, da der allergrößte Teil der aktiven Menschen friedlich ist. Sie machen zwar mit zivilem Ungehorsam auf sich aufmerksam, aber mit Terrorismus haben sie absolut nichts zu tun.

### Wie wichtig ist aus Eurer Sicht der Protest gegen die Klimapolitik der Regierung?

Wir halten diesen Protest für zwingend nötig, und er müsste

noch sehr viel stärker sein. Nur wenn die Menschen wirklich massenhaft auf die Straße gehen, besteht eine realistische Chance, Einfluss auf die katastrophale Politik der Regierung zu nehmen. So hat sie zum Beispiel zugelassen, dass RWE die Menschen, die dort schon seit Generationen leben, einfach enteignen konnte.

Die Amtskirche hat dabei keine gute Rolle gespielt. Die Kirchen wurden in den Dörfern immer mit als erstes verkauft. Wichtig wäre gewesen die Kirchen gerade nicht zu verkaufen, damit die Menschen eine Anlaufstelle haben, sowie sie in ihrem Widerstand zu begleiten und zu unterstützen und auch, um der weiteren Enteignung der Einwohner der Dörfer nicht Vorschub zu leisten. Uns ist nicht bekannt, dass wegen des Tagebaus jemals eine Kirche enteignet wurde. Wäre es tatsächlich zu einer Zwangsentziehung von Kirchen gekommen, wären sicherlich Hunderttausende auf die Barrikaden gegangen. Stattdessen wurde als Folge nicht ausreichenden Widerstandes ein Autobahnteilstück abgerissen, was jetzt für viele Menschen rund 20 km Umweg bedeutet. Zusätzlich wurden aus der L 277 etwa 4 km herausgerissen, wodurch jetzt der ganze Verkehr inklusive des Fernlastverkehrs durch Keyenberg fahren muss und die noch verbleibenden Bewohner zusätzlich belastet. Es werden sogar Windkraftanlagen abgebaut, weil sie im Weg stehen.

RWE baggert Böden mit den besten Bodenrichtwerten ab. Um zu verhindern, dass der Tagebau nicht absäuft, werden hunderte Millionen Liter bestes Grundwasser abgepumpt. Das dient alles nur dem klima- und umweltschädlichen Braunkohleabbau und dem Profit von RWE.

\*[Die Fragen stellte H. S.]



Demo in Lützerath, 14. Januar 2023.

Foto: H. B.

# Stuttgart 21-Film im Cinema Quadrat

## „Das größte Betrugsprojekt deutscher Ingenieursgeschichte“

O. T.

**So hat Regisseur Klaus Gietinger das Bahnprojekts Stuttgart 21 bezeichnet. In seinen brandaktuellen Dokumentarfilm DAS TROJANISCHE PFERD rollt er diesen gigantischen Skandal auf.**

In Kooperation mit dem Mannheimer Aktionsbündnis „Wir zahlen nicht für Eure Krise!“ zeigte das Cinema Quadrat am 23. Januar 2023 diesen sehr sehenswerten Streifen.

Über 100 Interessierte waren ins Mannheimer kommunale Kino gekommen, um sich über das rechtswidrige Geschehen um Stuttgart 21 zu informieren. Auch Klaus Gietinger war anwesend. Musikalisch umrahmt wurde die Filmvorführung ganz vorzüglich von ewo<sup>2</sup> mit Bernd Köhler (Gesang, Gitarre) und Laurent Leroi (Akkordeon).

DAS TROJANISCHE PFERD befasst sich mit der Entstehung des Projekts Stuttgart 21 als reinem Immobilien- und Tunnelbauprojekt, das zur Zerstörung des sehr gut funktionierenden Kopfbahnhofs der Landeshauptstadt führen soll.

Neben der Chronologie der Planungen ab 1994 und ihrer Umsetzung schildert der Film auch den Widerstand in der Stuttgarter Bevölkerung, der bis zum heutigen Tag anhält.

Insbesondere in der zweiten Hälfte der Dokumentation gelingt es Gietinger aufzuzeigen, dass die Sache noch längst nicht abgeschlossen ist.

Aufgrund der chaotischen Planungen soll das ursprüngliche Projekt durch S21 2.0 ergänzt werden, das heißt durch weitere, immer längere und gefährlichere Tunnelbauten. Diese werden nicht nur unsagbar teuer (schätzungsweise 20 Milliarden Euro), sondern höchst klimaschädlich sein. Die im Jahr 2022 geplanten 100 Kilometer Tunnel erhöhen den CO<sub>2</sub>-Ausstoß um mehrere Millionen Tonnen. Dabei sollen sie hauptsächlich dem vergleichsweise geringen Schienenpersonenverkehr zum Stuttgarter Flug-

hafen dienen, entlasten aber den mit acht Gleisen viel zu kleinen unterirdischen S21-Hauptbahnhof in keiner Weise.

### Ist der Wahnsinn noch zu stoppen?

Die geplante Nutzung von engen, steil ansteigenden Tunnels durch Züge mit Doppelstockwagen erhöht das Brandrisiko enorm. Der dortige, völlig unzureichende Brandschutz wird von Experten als kriminell bezeichnet und müsste das Projekt scheitern lassen.

Die Zerstörung des Kopfbahnhofs, eine der funktionalsten Stationen des Schienenverkehrs in Deutschland, wird jedoch von der S21-Mafia allen Risiken und Kostenexplosionen zum Trotz weiter vorangetrieben.

In DAS TROJANISCHE PFERD wird eine Fülle von Fakten aufgezeigt. Unter anderen droht der Autoverkehr aufgrund des unterirdischen Schienen-Flaschenhalses weiter zuzunehmen. Neben Expertinnen und Experten kommen auch Aktive aus der Widerstandsbewegung zu Wort. Junge Klimaaktivistinnen werden ebenso befragt wie die politischen Freunde und Befürworter des Stuttgarter Milliardengrabs. Und natürlich dürfen die Kommentare bekannter Künstler und Kabarettisten nicht fehlen.

Zu guter Letzt werden Alternativen zu S21 aufgezeigt. So fordert zum Beispiel die Deutsche Umwelthilfe (DUH), eine Neubewertung der Bahnsituation in Stuttgart durch Bund und Land. Der Rückbau der oberirdischen Gleisanlagen dürfe nicht kommen. Der Erhalt des Kopfbahnhofs sei eine konkrete Maßnahme für den Klimaschutz. Um das zu ermöglichen, wolle die DUH alle juristischen Möglichkeiten nutzen. Vor allem aber lebt mit jeder neuen Montagsdemo der außerparlamentarische Widerstand weiter.

An die mit starkem Beifall bedachte Filmvorführung schloss sich eine lebhaft Diskussions an, in der die große Bedeutung dieses hervorragenden Dokumentarfilms anerkannt wurde. Gleichzeitig wurde die Notwendigkeit einer aktiven Unterstützung der Proteste gegen S21 insbesondere durch die Bewegung für Klimagerechtigkeit betont.

Zudem gab es Anregungen, die zahlreichen im Film dokumentierten Fakten in ein viel kürzeres Format zu packen. Damit könne es besser gelingen, das Interesse der jüngeren Generationen an S21 zu wecken.

DAS TROJANISCHE PFERD liefert jede Menge wirklich guter Argumente gegen das Schurkenstück Stuttgart 21 und ist wärmstens zu empfehlen. Der Filmabend im Cinema Quadrat war zweifelsohne ein voller Erfolg. ■



ewo<sup>2</sup> im Cinema Quadrat, 23. Januar 2023.

Foto: Privat.

# ISO-Infoabend Januar 2023

## Vor 90 Jahren – Machtübergabe an den Faschismus

R. G.

**Die Machtübergabe an den Faschismus vor 90 Jahren war Thema des Januar-Infoabends der ISO Rhein-Neckar. Am 30. Januar 1933, wurde Adolf Hitler vom Reichspräsidenten Hindenburg zum Reichskanzler ernannt. Damit wurde mit Zustimmung und Unterstützung durch Kapitalisten und Großgrundbesitzer die politische Macht an den Faschismus übergeben.**

Unser Referent erinnerte zuerst an die Opfer des Faschismus. Danach skizzierte er Ideologie, Ziele und Ursachen des Faschismus sowie den faschistischen „Umbau“ von Staat und Gesellschaft. Schließlich versuchte er, daraus Lehren für die heutige Zeit zu ziehen.

### Die Opfer

Der Faschismus an der Macht habe nicht gezögert, seine politischen, rassistischen und antisemitischen Ziele mit blutigem Terror umzusetzen. Als erstes seien Zehntausende Aktive der Arbeiterbewegung verhaftet, gefoltert, in die Flucht getrieben oder getötet worden. Dadurch sei der einzig ernstzunehmende Gegner des Faschismus zerschlagen worden.

Danach seien 6 Millionen jüdische Menschen, 500.000 Sinti und Roma, 250.000 Menschen mit psychischen Erkrankungen oder körperlichen Beeinträchtigungen, tausende Homosexuelle und politische oder religiöse Regimegegner ermordet worden. Nicht zuletzt habe er den II. Weltkrieg mit 65 Millionen Opfern zu verantworten.

### Die Ursachen

Eine wichtige Voraussetzung für den Faschismus sei der Verrat der Sozialdemokratie an der Novemberrevolution 1918 gewesen. Statt die historische Chance zur sozialistischen Umgestaltung zu nutzen, habe sie mit Hilfe der reaktionären Freikorps den Kapitalismus verteidigt. So sei der politische Raum für autoritäre und faschistische Strömungen geöffnet worden.

Die Weimarer Republik sei sozial, wirtschaftlich und politisch instabil gewesen. Der Arbeiterbewegung hätten die gleichen autoritären Machtstrukturen gegenübergestanden wie in der Kaiserzeit. In der Wirtschaft hätten weiterhin die Kapitalisten geherrscht, im Militär der Adel

und in den Gerichten, Schulen und Universitäten dieselbe autoritär-reaktionäre Gesinnung.

Die Hyperinflation 1923 und die Wirtschaftskrise 1929 hätten zu sozialer Verelendung der Beamten, Angestellten, Bauern und Selbstständigen geführt. Millionen Lohnabhängige seien ohne Perspektive gewesen. In der Folge hätte das parlamentarische System und auch die autoritär-bürgerlichen Parteien an Vertrauen verloren. Dies sei der Nährboden für den Faschismus gewesen.

Am negativsten hätte sich die Spaltung der Arbeiterbewegung in Sozialdemokraten und Kommunisten ausgewirkt. Diese hätten sich politisch bekämpft und die tödliche Gefahr des Faschismus nicht erkennen wollen. Statt den gemeinsamen Widerstand zu organisieren, hätten sie eine Einheitsfront gegen den Faschismus politisch abgelehnt.

### Mögliche Lehren

Der Faschismus sei immer noch eine Gefahr. Dort, wo es auf die Krisen des globalen Kapitalismus keine glaubhaften und kämpferischen Antworten der Arbeiterbewegung und der politischen Linken gegeben habe, seien autoritäre, rassistische und faschistische Strömungen erstarkt oder sogar an die Regierung gekommen.

Angesichts dessen seien die politischen Lehren aus der Vergangenheit zu ziehen. Der Faschismus sei untrennbar mit dem Kapitalismus verknüpft. Der Kampf gegen den Faschismus müsse mit dem Kampf gegen die sozialen Folgen der Krisen und für eine sozialistische Alternative zu Kapitalismus und Stalinismus verbunden werden. Vor allem aber müsse eine gemeinsame Front der Gewerkschaften und sozialen Bewegungen gegen den Faschismus aufgebaut werden.

### Intensive Diskussion

Die anschließende spannende Diskussion setzte sich insbesondere mit der aktuellen politischen Entwicklung auseinander. Die Taktik der Einheitsfront könne nicht einfach auf die heutige Zeit übertragen werden. Die ökonomischen und politischen Bedingungen seien nicht vergleichbar. Es gäbe keine in der arbeitenden Klasse verankerten Parteien wie in der Weimarer Republik. Heute stelle sich die Frage, welche politischen Kräfte für eine Einheitsfront überhaupt gewonnen werden könnten. Dennoch gäbe es Beispiele erfolgreicher Bewegungen. So sei es in Brasilien gelungen, den rassistisch-faschistoiden Präsidenten Bolsonaro durch den Aufbau einer gemeinsamen Front auf Wahlebene vorerst zu besiegen.

Den Teilnehmenden gelang es, ausgehend vom Thema der Machtübergabe an den Faschismus, eine solidarische Diskussion über die aktuellen politischen Erfordernisse zu führen. Damit konnte auch diesmal die Brücke zwischen Information und praktischer Arbeit geschlagen werden. ■



F. Meyer (1906 - 1957), Mitglied der LO bzw. IKD.

# Waldpark Mannheim Kahlschlag verhindern!

K. H.

**Am 3,5 Kilometer langen Rheindamm von Neckarau bis zum Lindenhof möchte das Regierungspräsidium in Karlsruhe über 1.000 – meist Jahrzehnte alte – Bäume fällen.**

**D**ie sechs Baustellen würden je 30.000 LKW-Fahrten für Transporte zur Folge haben.

Mehrere Initiativen und Umweltverbände haben über 5.400 Einwendungen gegen die Pläne des Regierungspräsidiums gesammelt. 3.400 wurden am 17. Januar 2023 der Mannheimer Umweltdezernentin Diana Pretzell übergeben.

Am selben Tag beschlossen in einer gemeinsamen Sitzung der Ausschuss für Umwelt und Technik und der Betriebsausschuss Technische Betriebe die offizielle Einwendung der Stadt Mannheim gegen die aktuellen Pläne des Regierungspräsidiums zur „Rheindammsanierung“.

Die Einwendung wurde fristgerecht der Planfeststellungsbehörde übergeben und ins Verfahren eingebracht. Sie bemängelt, dass

die Karlsruher Behörde das kommunale Selbstverwaltungsrecht der Stadt Mannheim (geschützt nach Art. 28 Abs. 2 GG und Art. 71 Abs. 1 LV BW) missachte.

Zudem berücksichtige das Vorhaben nicht ausreichend den planerischen Willen der Stadt Mannheim und greife massiv in den Klimaschutz- und Klimafolgenanpassungsplan sowie den Waldnutzungsplan der Stadt Mannheim ein.

Der Waldpark in Mannheim ist ein wichtiges Naherholungsgebiet für Jung und Alt, mit Naturschutz, Bodenschutz und Sicherung eines ausgeglichenen Wasserhaushaltes.

Es gibt eine baumschonende, alternative Methode zur Sanierung des Rheindamms mit durchgängigen selbsttragenden Spundwänden zum Hochwasserschutz, die im

Fachgutachten von Ronald Haselsteiner bestätigt werden. Dadurch können 80 bis 90 % der Bäume vor dem Kahlschlag gerettet werden.

**Jetzt gilt es, den außerparlamentarischen Widerstand gegen den Kahlschlag im Waldpark weiter zu**



*Führung im Waldpark, 20. November 2022.*

## ISO/IV. Internationale

### Wer wir sind und was wir wollen

**D**ie Internationale Sozialistische Organisation (ISO) ist Teil der 1938 gegründeten IV. Internationale. Sie ist in über 50 Ländern aktiv und hält grundlegende Probleme der Welt – Krieg, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger – im Rahmen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht für lösbar. Sie strebt eine selbstverwaltete sozialistische Demokratie an, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet. Deshalb fördert die ISO alle Bemühungen, aktiv und gemeinsam mit anderen politischen Strömungen für die sozialen Errungenschaften, demokratischen Rechte und wirtschaftlichen Interessen insbesondere der arbeitenden Klasse einzutreten. Sie unterstützt den Kampf gegen Rassismus, Frauenunterdrückung und jede Art von Diskriminierung. Sie setzt sich für den Erhalt der Umwelt ein. Sie fordert die politische, rechtliche und soziale Gleichstellung aller in der Bundesrepublik lebenden Menschen und die völlige Gleichstellung der Geschlechter. Ziel der ISO ist es, das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur radikalen Veränderung zu stärken. Der Schwerpunkt ihrer Aktivitäten liegt in den außerparlamentarischen Kämpfen. ■

### TERMINE (weitere Infos bei der ISO Rhein-Neckar)

- SAM, 04.02.2023, 13:00 Uhr, Demo „Hände weg von Rojava“, Wasserturm, MA
- SO, 05.02.2023, 11:00 Uhr, Virtuelle politische Bildungsreihe der ISO
- DI, 07.02.2023, 18:00 Uhr, Kundgebung gegen Preistreiberei, Paradeplatz, MA
- DO, 09.02.2023, 15:00 Uhr, Treffen des Überbetrieblichen Solikomitees\*
- DO, 09.02.2023, 19:00 Uhr, Deutscher Kolonialismus in Tsingtau, Abendakademie, MA
- DO, 16.02.2023, 19:00 Uhr, Viko #Solidarität in Zeiten der Pandemie
- DO, 23.02.2023, 15:00 Uhr, Treffen des Überbetrieblichen Solikomitees\*
- DO, 23.02.2023, 18:00 Uhr, Treffen des Bündnisses gegen Preistreiberei\*
- FR, 24.02.2023, bis SO, 26.02.2023, Aktionswochenende gegen den Ukraine-Krieg
- FR, 24.02.2023, 19:00 Uhr, ISO-Infoabend zu „Ein Jahr Ukraine-Krieg“\*

#### Vorschau

- SAM, 22.04.2023, 13:00 Uhr, Frühjahrsseminar der ISO Rhein-Neckar\*
- FR, 09.06.2023, bis SO, 11.06.2023, Ökosozialistische Konferenz, in Köln\*

\* [Jeweils mit strikter Beachtung der Gesundheitsschutzregeln.]



**Impressum:**  
ISO Rhein-Neckar  
Postfach 10 26 10, D-68026 Mannheim

Tel./Fax: +49 (0) 621/429 481 54  
Email: [info@iso-4-rhein-neckar.de](mailto:info@iso-4-rhein-neckar.de)  
Web: [www.iso-4-rhein-neckar.de](http://www.iso-4-rhein-neckar.de) Facebook: [www.facebook.com/iso.4.rn](https://www.facebook.com/iso.4.rn)

